

Nach fordert den Rhein als Grenze.

Washington 21. Jan. (Reuter.) In einem Interview mit dem Korrespondenten der Associated Press erklärte Lord Robert Cecil, daß Deutschland, Österreich und Bulgarien sowie die Türkei dem Völkerbund beitreten können, sobald der Bund überzeugt sei, daß sie berechtigt wären, ihren Platz unter den zuverlässigen Nationen der Welt einzunehmen. Cecil sagte, wahrscheinlich würden sich aus der österreichischen Monarchie getrennte Einzelstaaten entwickeln. Auch hier mühten stabile, zuverlässige Regierungen geschaffen werden.

Der Völkerbund.

New York, 21. Jan. (Reuter.) In einem Interview mit dem Korrespondenten der Associated Press erklärte Lord Robert Cecil, daß Deutschland, Österreich und Bulgarien sowie die Türkei dem Völkerbund beitreten können, sobald der Bund überzeugt sei, daß sie berechtigt wären, ihren Platz unter den zuverlässigen Nationen der Welt einzunehmen. Cecil sagte, wahrscheinlich würden sich aus der österreichischen Monarchie getrennte Einzelstaaten entwickeln. Auch hier mühten stabile, zuverlässige Regierungen geschaffen werden.

Hindenburg - Oberbefehlshaber Ost!

Der Kampf gegen Polen.

Berlin, 21. Januar.

Wie bestimmt verlautet, wird Generalfeldmarschall v. Hindenburg den Oberbefehl über die Streitkräfte übernehmen, die im Osten gegen die Polen aufgestellt werden. In Pommern, Ostpreußen und in Westpreußen sind freiwillige Volkswachen im Entstehen, die mit den bereits im Osten befindlichen Truppen vereint werden sollen.

Die in Berlin massenhaft zusammengezogenen Truppen haben den Befehl erhalten, Berlin zu verlassen und nach dem Osten zu rücken. Von Raststätten im Osten wird amtlich gemeldet: Reste der „Eisernen Brigade“ und baltische Landeswehr wurden am 16. Januar bei Alt- und Groß-Aus durch das 1. und 4. Letten-Regiment (etwa 2000 Mann) angegriffen und hinter die Windau gedrängt. Sie halten zurzeit den Abschnitt Weiching-Schunden. Von Alba aus sind Verächtungen an die Windau geführt worden. Außerdem wird das Gouvernement Alba nach Ploghahe verfügbarer Kräfte aus dem Bereiche des Stellvertretenden Generalkommandos I. A.-R. verstärkt werden.

Zeit- und Streiffragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Kirche und Staat.

Biel umstritten wird andauernd die Frage der zukünftigen Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat. In der Zeitschrift „Das demokratische Deutschland“ äußert sich Professor Dr. Heinrich Gerland über die Auffassungen, wie sie in der deutsch-demokratischen Partei herrschen, und sagt dabei:

Die Keuzregelung wird namentlich deshalb so schwierig, weil ja die Bestie der Kirche bis jetzt zum großen Teil vom Staat garantiert wurden, und weil natürlich nicht etwa daran gedacht werden kann, durch die Trennung von Staat und Kirche die Existenzmöglichkeit der Kirche selbst in Frage zu stellen. Hier hat sich unsere Partei mit Bug und Recht auf den Grund festgelegt, daß unter allen Umständen die wirtschaftliche Existenzfähigkeit der Kirche aufrechterhalten werden muß, daß die wohlgeordneten wirtschaftlichen Redite der Kirche erhalten oder vollwertig abgelöst werden müssen. Auch das Selbstbehaltungsrecht der Kirche muß gewahrt bleiben, und ich glaube, die Kirche wird hierbei nicht schlecht fahren. Eine vom Staat freie, nur auf sich selbst gestützte, von allen politischen Kämpfen unabhängige, der Weltgeist ihrer Aufgabe allein geweihte Kirche, das ist das Ideal, das uns vorwirft, eine Kirche, die ohne Rücksicht auf politische Meinungen und politische Kämpfe nur das religiöse Leben der Gläubigen vertiefen und reinhalten will. Dieses Ideal der Kirche vom Staat das religiöse Empfinden der Gläubigen beeinträchtigen soll, ist mir unverständlich, und ein innerer Zusammenhang zwischen der Trennung von Staat und Kirche und der Beseitigung des Religionsunterrichtes in den Schulen besteht auch nicht. Unsere Partei denkt nicht daran, den Religionsunterricht in den Schulen beseitigen zu wollen, um ihn etwa zu ersetzen durch einen mehr oder weniger vagen Moralunterricht. Würde man das letztere tun, so würde man den größten psychologischen Fehler begehen, den ein Mensch überhaupt begehen kann, und man würde Einrichtungen treffen, die für die, auf die sie abzielen, die Kinder, völlig wertlos sind.

Die Erhaltung Preußens

in seinem bisherigen Umfang schreibt die deutsch-nationale Volkspartei auf ihr Banner und läßt ihre parteiamtliche Korrespondenz dazu erklären:

Was am 19. Januar nicht erreicht worden ist, muß möglichst am 20. Januar (Wahltag zur preussischen Landesparlament) erkämpft werden. Ein Erfolg in Preußen kann manches gut machen; ja er ist geradezu eine Notwendigkeit, wenn Preußen nicht untergehen soll. Die Verhinderung, daß Preußen die Ohnmachtigung Preußens, seine Vernichtung, das ist ja das Ziel unserer Feinde, die sehr wohl wissen, daß nur ein starkes Preußen das Rückgrat Deutschlands sein kann. Die Auflösung Deutschlands in Rheinbundstaaten-Gebilde, das ist das Ziel der französischen Revolutionspolitik. Es wird ja freilich in unseren Tagen das Selbstbestimmungsrecht kaum denkbar sein, daß man dem Preußen so in so plumper Weise Gewalt antun könnte. Jedenfalls würde das, was man da zu schaffen sucht, schwerlich Bestand haben. Man erinnere sich, wie schnell die willkürlichen Einigungsstaaten Napoleons wieder verchwanden, obwohl damals noch nicht ein so enghalsiges Reg. von wirtschaftlichen Beziehungen, Verkehrsverhältnissen usw. die einzelnen Teile Deutschlands unlösbar miteinander verband. Es ist wohl anzunehmen, daß sich der Staat Friedlands des Großen und Steins schließlich dauerhafter erweisen würde als die Experimentalsrepubliken unserer Republikaner.

Die polnische Frage.

Auswechsell zwischen der englischen und deutschen Regierung.

Berlin, 21. Januar.

Die englische Regierung hat am 8. d. Mts. der deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, worin sie die deutsche Regierung auffordert, künftig jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zu unterlassen. Sie weist darauf hin, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Entscheidungen der Friedenskonferenz abhängen werde, und daß die Mächte bei Beurteilung der Frage notwendigerweise beeinflusst würden durch die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Deutschen, Gebiete mit gemischter polnischer Bevölkerung zu verwalten.

Die deutsche Regierung hat darauf mit einer längeren Note geantwortet, in der es zunächst heißt: Die deutsche

Regierung ist mit der englischen Regierung darin einig, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenzen von den Beschlüssen der kommenden Friedenskonferenz abhängt. Staatssekretär Dr. Solf hat bereits am 24. Oktober 1918 im Reichstag erklärt, daß sie das Programm des Bräutigams der Vereinigten Staaten offen und ehrlich angenommen hat. Dieses Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Versöhnung und will nicht neue Gegenstände und Kriege entfesseln lassen.

An die Wiedergabe der Ausführungen des Staatssekretärs schließt sich dann eine Schilderung der historischen Entwicklung der Dinge im Osten. Die deutsche Regierung habe alles getan, um die von den Polen früher vorgebrachten Klagen abzustellen. Trotzdem seien die Polen planmäßig damit beschäftigt, einen Staat im Staate zu errichten. Die Provinz Polen befindet sich zurzeit in einem Zustande des nationalen Aufruhrs. Die Vorgänge in Ostpreußen hätten mit nationalen Fragen nichts zu tun. Die Arbeiterunruhen in Ostpreußen seien auf internationale bolschewistische Agitation zurückzuführen. In Ostpreußen könne man von einer nationalen polnischen Bewegung überhaupt nicht sprechen. Auch die Warschauer Regierung habe zur Aufstachelung der nationalen Bewegung in den preussischen Ostprovinzen beigetragen. Sie habe es sogar unternommen, die Wahl zur polnischen Konstituante in den genannten Provinzen anzuordnen und dieses deutsche Gebiet in 16 Wahlkreise einzuteilen, eine Provokation und Annäherung, die in der Weltgeschichte einzig dastehen dürfte.

Die Note schließt: Alle Maßnahmen der deutschen Regierung seit dem Abbruch des Waffenstillstandsabkommens dienen nur der sinngemäßen Durchführung dieses Abkommens und der Abwehr unberechtigter polnischer Ansprüche, die polnische Frage bereits vor dem Friedenskongress zur Entscheidung zu bringen.

Waffenstillstandsverhandlungen in Wissa.

Am 17. d. Mts. haben sich polnische Unterhändler nach Wissa begeben. Dort finden mit deutschen Regierungsvertretern Unterhandlungen statt, die darauf hinstellen, einen allgemeinen deutsch-polnischen Waffenstillstand zu Wege zu bringen.

Polens Heeresorganisation.

Die Polen in Polen gehen jetzt daran, sich ein reguläres Heer zu schaffen. Die Freiwilligentrupps, die jetzt kämpfen - schreibt der „Kurier Woznanski“ - genügen den Bedürfnissen des Augenblicks nicht mehr; wir brauchen ein Heer, das nach anderen militärischen Grundlagen organisiert und formiert ist. Die Schaffung einer solchen regulären Wehrmacht ist das dringlichste Erfordernis des Augenblicks. Zum Chef des Stabes ist durch den Obersten Volksrat bekanntlich General Dombor-Rusnicki ernannt.

Durchführung der Siedlungspläne.

Das Vorkaufsrecht der preussischen Regierung.

Die jüngst veröffentlichte Verordnung über das gesetzliche Vorkaufsrecht an land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen in Preußen setzt, wie wir von zuständiger Seite erfahren, in welcher Weise man die vorgedachten Siedlungspläne zu verwirklichen gedenkt. Nach der Verordnung steht dem preussischen Staat gegenüber land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen von mehr als 2 Hektar Fläche oder Teilen von Besitzungen, deren Größe für sich allein oder mit Zurechnung anderer in dem Jahre vor Abschluß des Kaufvertrages veräußerten Teile 20 Hektar übersteigt, das Vorkaufsrecht zu. Der Staat kann das Vorkaufsrecht gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften übertragen. Das Vorkaufsrecht tritt nicht ein bei Verkäufen an eine öffentliche Körperschaft oder an Personen, welche mit dem Verkäufer in gerader Linie oder bis zum zweiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert sind. Die noch ausstehenden Ergänzungsverordnungen sind in kurzem zu erwarten.

Ist ein Verkaufsvertrag über eine der bezeichneten Flächen abgeschlossen, so ist der Verkäufer in sämtlichen preussischen Provinzen - mit Ausnahme von Hessen-Nassau und den Hohenzollernschen Ländern - gesetzlich verpflichtet, den zuständigen Stellen von dem Inhalt des Kaufvertrages unverzüglich Mitteilung zu machen. Die zuständigen Stellen können das Vorkaufsrecht nur innerhalb drei Wochen nach Empfang der Mitteilung ausüben und haben das Recht, die Besingung zu diesem Zwecke zu befristigen. Bei Besitzungen über 200 Hektar beträgt die Frist 6 Wochen.

Die vorkaufsberechtigten Stellen treten durch formale Erklärungen an den Eigentümer in den Kaufvertrag ein und übernehmen dadurch grundsätzlich die Verpflichtung zur Zahlung des ausbedungenen Kaufpreises und der mit dem Verkauf verbundenen Beurkundungs- und Eintragungskosten einschließlich Stempel- und Umlagesteuer. Ist der vereinbarte Preis unangemessen hoch, so sind sie berechtigt, eine anderweitige Festsetzung des Preises nach dem gemeinen Wert zu verlangen, bei welcher vorübergehende Wertsteigerungen, die auf die außerordentlichen Verhältnisse des Krieges zurückzuführen sind, nicht berücksichtigt werden dürfen. Dieser Wert wird in einem vereinfachten Entscheidungsverfahren durch den zuständigen Regierungspräsidenten festgesetzt, gegen dessen Entscheidung binnen sechs Wochen der ordentliche Rechtsweg beschritten werden kann. Das Vorkaufsrecht kann entsprechend ausgeübt werden, wenn die Besingung eingetauscht, in eine Gesellschaft eingebracht, vom Konkursverwalter aus freier Hand oder im Wege der Zwangsversteigerung überreicht wird.

Das Vorkaufsrecht an land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen hat in erster Linie den Zweck, der Regierung ausreichende Flächen Landes für Siedlungszwecke zu sichern und soll dann vor allen Dingen ihr als wirksames Mittel dienen gegen unerbittlichen Wertzuwachs und reine Spekulationskäufe. Die Frage, ob die Regierung durch Ausübung des Vorkaufsrechts genügende Flächen Landes für Siedlungszwecke in die Hand bekommen wird, dürfte, wenigstens soweit die nächste Zukunft in Frage kommt, zu bezweifeln sein. Viele Landwirte werden, veranlaßt durch die große Erschwerung der Wirtschaftsführung, durch Verteuerung der Betriebsmittel und Arbeitslöhne, sich entschließen, ihre Besitzungen zu verkaufen oder zu verkleinern, ferner wird die Schaffung von Siedlungen durch Mangel an Baumaterial, landwirtschaftlichen Geräten, Reisvieh usw. und nicht zuletzt durch den Mangel an geeigneten, wenigstens notwendig vorgebildeten Werbern bis zu einem gewissen Grade behindert bleiben müssen. Das die Verordnungen der Regierung ein wirksames Mittel zur Bekämpfung unberechtigter Wertsteigerungen, Spekulationskäufe und des durch die augenblicklichen Verhältnisse besonders stark einseitigen wilden Güterhandels an die Hand gibt, ist nach dem Gesagten ohne weiteres klar. Darüber hinaus werden aber auch die

Leute von der Verordnung stark betroffen werden, die während des Krieges lediglich zur Verbesserung ihrer Verpflegung zu Bundespreisen ländlichen Besten kauften und ihn nach Eintritt besserer Verhältnisse wieder verkaufen wollten, da jetzt natürlich nur Preise in Frage kommen können, wie sie in den letzten Friedensjahren unter den damaligen Verhältnissen als angemessen galten.

Die erwählten Kandidaten zur Rationalversammlung.

Nach den nichtamtlichen Meldungen stehen bis jetzt aus 37 Wahlkreisen die Ergebnisse fest. Der 38. Wahlkreis, Elb-Lothringen, hat auf Anordnung der französischen Befehlshaberbehörde, wie erinnerlich, an der Wahl nicht teilgenommen.

Im einzelnen ergibt sich, sofern nicht die endgültigen amtlichen Ergebnisse hier und dort noch eine Verschiebung bewirken, für die Parteien bisher folgendes Bild. Es sind gewählt:

- 77 Deutsche Demokratische Partei
- 88 Christlich-demokratische Volkspartei
- 34 Deutschnationale Volkspartei
- 23 Deutsche Volkspartei
- 4 Welle
- 4 Bayer. Bauernbund
- 2 Württemberg. Bürger- und Bauernpartei
- 164 Mehrheitssozialisten
- 24 Unabhängige

Es stehen also bis jetzt 232 bürgerliche Abgeordnete und 188 sozialdemokratische Abgeordnete gegenüber.

Das Wahlergebnis in Sachsen.

Von den 32 Mandaten des Freistaats Sachsen entfallen auf Wahlkreis D.-nt. Vp. Dsh. Vp. D. Dem. P. Mehr.-S. Unabh.-S. Leipzig 1 2 2 2 3 Dresden 1 2 2 7 — Chemnitz 2 — 2 8 —

Es stehen also 12 bürgerliche und 20 sozialdemokratische Vertreter gegenüber. Bei den Reichstagswahlen 1912 waren 4 bürgerliche und 19 sozialdemokratische Kandidaten gewählt worden. Infolge von Nachwahlen verlor das Bürgertum noch drei Sitze, jedoch zuletzt Sachsen im Reichstagen nur durch einen bürgerlichen und 22 sozialdemokratische Abgeordnete vertreten war.

Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 23. Januar.

Werkblatt für den 23. Januar.

Sonnenaufgang 7²⁴ | Mondaufgang 12²⁴
Sonnenuntergang 4¹⁷ | Monduntergang 5¹⁴
1806 Englischer Staatsmann William Pitt der Jüngere gest. —
1848 Dichter Friedrich Freiherr de la Motte-Fouquet gest. —
1917 Deutsch-englisches Geeseft in den Doosen.

Die Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigten. In letzter Zeit mehren sich die Anfragen von kriegsblutigen Kriegsbeschädigten wegen des Erwerbes kleiner landwirtschaftlicher Besitzungen. Im Interesse der Kriegsbeschädigten wird darauf hingewiesen, daß zu ihrer Beratung in erster Linie die Fürsorgestellen in Betracht kommen, welche ihnen bereitwillig über Kapitalabfindungen und die Möglichkeit der Ansiedlung Auskunft geben werden. Die Fürsorgestellen sind im einzelnen Falle auf dem für den Kriegsbeschädigten zuständigen Landratsamt zu erfragen. Für die Ansiedlung selbst kommen in erster Linie die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften in Betracht, die in fast allen preussischen Provinzen bestehen.

Naunhof. Die Kohlenknappheit hat hier einen Höhepunkt erreicht, der höchst bedenklich ist, namentlich für den Gesundheitszustand. Schlimmer wird es aber noch werden, wenn strenge Kälte eintritt, und diese wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Viele Familien hocken frierend im Zimmer und warten von Tag zu Tag auf Beihilfe, die nur spärlich eintreffen. Dabei muß allerdings gesagt werden, daß unsere Behörde alles mögliche aufbietet, um helfen einzugreifen, es liegt an den mangelhaften Leistungen der Kohlenwerke.

Naunhof. Die Zahl der Arbeitslosen wächst auch in unserem Orte ständig. Die völlig unzureichenden Unterhaltungsätze in der Arbeitslosenfürsorge ziehen eine Unzufriedenheit aufkommen, die als berechtigt anzusehen ist, wenn man die enorme Verteuerung der gesamten Lebensbedürfnisse in Betracht zieht. Um einem unbefangenen Handeln vorzugreifen, wurde für Mittwoch nachmittags 4 Uhr in der „Schloßmühle“ eine Arbeitslosen-Verammlung einberufen, die von etwa 70 arbeitslosen Männern, Frauen und Mädchen besucht war. Der Einberufer referierte in kurzen Worten über das Arbeitslosenfürsorgegesetz und deren Unterhaltungen, woran sich eine lebhaft ausgeprägte Debatte schloß. Insbesondere wurde von der Verteuerung der Unterhaltungskosten, die unter manchen Umständen nicht immer die Meinung vordringt, bei dieser Unterhaltung könnten die Arbeitslosen ein Paradiesleben führen. Demgegenüber gestellte, war es der Wunsch aller Erzhörten, lieber so schnell als möglich Arbeit zu erhalten, als dem Staate und der Gemeinde zur Last zu fallen. Da aber mit der bisher gezahlten Unterhaltung, welche teilweise das 2-3fache weniger als der erhaltene Lohn betrage, bei diesen schweren Zeiten unmöglich auszukommen sei, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der u. a. die sofortige Erhöhung der Arbeitslosenunterhaltung (pro Tag) nach folgenden Sätzen beantragt wurde:

- 1. für männliche Personen über 21 J. 4.50 M. (bisher 3.80 M.)
- 2. „ weibliche „ „ 21 „ 3.50 „ („ 1.80 „)
- 3. „ männliche „ „ von 16-21 „ 3.50 „ („ 2.50 „)
- 4. „ weibliche „ „ „ 16-21 „ 2.50 „ („ 1.60 „)
- 5. „ männliche „ „ 14-16 „ 2.00 „ („ 1.60 „)
- 6. „ weibliche „ „ 14-16 „ 1.60 „ („ 1.40 „)

Als Zuschuß für Familienglieder (Frau und Kinder) wurden bisher gezahlt je 2.00 M. pro Woche. Dieser Zuschuß ist bereits in der Sitzung des Arbeitslosenfürsorge-Ausschusses inzwischend erhöht worden und zwar auf 6 M. für die Frau, sowie auf 6 M. für jedes Kind, weshalb der Antrag auf Erhöhung dieser Sätze erledigt war.

Diese Resolution wurde unter näherer Begründung in der gestern abend abgehaltenen Stadtrats-Sitzung zur sofortigen Beschlußfassung vorgelegt. Aus der Mitte der Versammlung wurde alsdann noch betont, daß der bei vorzunehmenden Notlandarbeiten demessene Stundenlohn von 70 Pfg. zu niedrig sei, vielmehr nicht unter 1 M. betragen dürfe. In dankenswerter Weise beteiligten sich an der Versammlung der H.-R. Herr Thiemann und Herr Zigarrenfabrikant Krübler mit regem Interesse. Schluß der Versammlung 7¹⁷ Uhr.

Da die Anordnung der Beleuchtungseinsparungen der Amtsbauhauptmannschaft zur Verminderung der herrschenden Kohlenknappheit getroffen worden ist, bezieht sie sich bis auf weiteres lediglich auf das Beleuchten mit Gas und Elektrizität.

Das Programm man es auf dem Vertriebswege und die Genommen Geld in den zurückgelassenen Kenntnisse u auf den Ve mehr Schad viel Anpost einen Betr ist, die nicht unermesslich noch Geld d Industrialien die gänzlich Sozialistischer sechsstausend Lieberführan Beamtenhee Disurige p sionen kolle Versaallche Preise zahlv lden. So die Güe län verlohnd i

+ D ordenliche in weiten S die uns all die Arbeit unmöglich die Provin schäftigung Verichten l lange auch betrieben, i Leistung in ristischen B hen Lokom Revolutionen Monat De worden ist. Ausnutzung ist auch m kaum ermö der Verhel möglich r. Ein Sinken Beispiel zel den Weg z der Wirklich

+ W Berlin wirk Person e gefchrnkt u Rede haue Der Grund äußert nach jame Abgab ebenso erhö geringer Wr betriebsfähig Tag in erld auch eine B tentendmächte Nichtlich w paraturwert molten u

+ B Die Vertrie del der N Nöh. Stric flellig gewo len erklärt, lichen.

+ P karte für Monat bet

Er er mit einer bewegt i Gen Ged Der Wegon wurde g durchwöh Fenster t u Stau „Jhr die Unter „Jan Interak hasten die Dienstes „Und regel u

+ O einen W laun ich außerder teinen G Die F Atinnenbe dig Ange Er bi „agte er gläubend fern sch die er cr tung von des Verre tühig, u tr

+ Wot

Die Postverwaltung für Wertpakete bis 100 Mark eingeführt hat. An solche Pakete wird hinsichtlich ihrer Verpackung keine höhere Anforderung gestellt als bei gewöhnlichen Paketen, Verriegelung wird überhaupt nicht verlangt. Die Wertangabe ist nur auf die gelbe Paketsorte niederzuschreiben, nicht auch, wie bei den Paketen über mehr als 100 Mark, auf das Paket selbst. Gegen Entrichtung der Versicherunggebühr von 10 Pfennig erlischt die Post in Verlust- und Beschädigungsfällen unverkürzt den Wert bis 100 Mark. Über jede bezügliche Sendung wird bei der Einlieferung eine Bescheinigung erteilt.

Kirchennachrichten.

Dom. III. p. Ep.
 Naunhof. Vorm. 11 Uhr: Gottesdienst. Abendmahlfeier (Anmeldung vor dem Gottesdienst in der Sakristei). 7, 12 Uhr: Taufen.
 Allga. Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst.
 Albrechtshain: 11 Uhr Segensgottesdienst.
 Erdmannshain: 8 Uhr Segensgottesdienst.
 Katholische Gottesdienste
 Deucha: vorm. 10 Uhr. — Grimma: vorm. 8 Uhr. — Thammenhain: 12 Uhr. Wurzen: vorm. 9 Uhr.

Spielplan der Leipziger Theater.

Neues Theater.
 Freitag 6 Uhr: „Die Rauberhöhle.“ Sonnabend 6 Uhr: „Tannhäuser.“
Altes Theater.
 Freitag 5 Uhr: „Wilhelm Tell.“ Sonnabend 6 1/2 Uhr: „König Nicolo.“
Neues Operetten-Theater.
 Freitag 6 1/2 Uhr: „Schwarzwaldbühel.“ Sonnabend 6 1/2 Uhr: „Die geschiedene Frau.“
 — Redaktionen: Robert Götz. — Druck und Verlag: Götz & Co. in Naunhof —

Oeffentliche Versammlung

Heute
Donnerstag, den 23. Januar,
 abends 7 1/2 Uhr im Ratskeller.

1. Die Grundlagen unserer Volkswirtschaft.

Redner: Dr. E. Günther, Leipzig.

2. Gemeinderatswahl.

Um pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten. Während des Vortrages werden Getränke nicht verabreicht.

Naunhofer Bürger-Ausschuß.

Zu beachten: Der Saal wird durch uns geheizt. Eintritt nur gegen Ablieferung eines in Papier eingeschlagenen Briketts am Saaleingang gestattet!

Naunhof :: :: Ratskeller.

Sonntag, den 26. Januar

Gastspiel der beliebten

Gaudlitz-Sänger

Unter anderem: Die urkom. Posse

Lachen! Vater Geisbart als Aktionär! Lachen!

oder
Platz da Petroleum

Urkomisches Duett **Der Rabenvater.** Gaudlitz und Frau.
 und der lustige Schwanke

Das verhängnisvolle Hochzeitsgeschenk.

Nachmittags 3 Uhr
Kinder- und Familienvorstellung.

Unter anderem: Auf Wunsch das prächtige Lebensbild **Weihnachtsfrieden.**
 I. Platz 50 Pfg. II. Platz 40 Pfg.

Abends 7 1/2 Uhr das neue Schlagerprogramm.
 Einlass 7 Uhr. Vorverk. 60 Pfg. Kasse 80 Pfg. Numeriert 1,— Mk.
 Es laden freundlichst ein **Wirt u. Direktion.**

Naunhofer Bürger-Ausschuss
 nach dem Vortrag
 Sitzung des „erweiterten Ausschusses“
 im Nebenzimmer des Ratskellers.
 Tagesordnung: **Wahlorganisation.**

Zahn-Atelier
Carl Schumann
 Kaiser Wilhelmstr. 5.
 Täglich Sprechstunde
 von 9 bis 12 Uhr

**Geflügel u. Kaninchen-
 Züchter-Verein**
 Naunhof u. Umg.
 Morgen Freitag Abd. 7
 Uhr Futterverteilung bei
 E. Adler, Trompeterschloßchen.
 Sätze mitbringen. D. B.

Sauerkraut
 empfiehlt E. Hoffmann.
 Für Versandgeschäft größere
**Pack- &
 Kontorräume**
 (nebst großer Niederlage
 Scheune etc.) zu mieten ge-
 sucht. Offerten unt. „U. B. 138“
 an Invalidendank Leipzig

Am 22. Jan. schließ
 sanft nach kurzer
 schwerer Krankheit
 unser herziges Töchterchen

Erna
 für immer ein.
 Naunhof, d. 23. Jan. 1919
 im tiefsten Schmerze
**Paul Kunze
 und Frau Frieda**
 geb. Elzner.

Ach warum müdest Du
 So morgens früh erlassen,
 Und alle, die Dich lieb
 So viel zu früh verlassen?

Oeffentl. Einwohner-Versammlung

Freitag, den 24. Januar, abends 7 1/2 Uhr
im Ratskeller.

Gemeinderats-Wahl betr.

Es ist Pflicht, daß jeder Einwohner an der Versammlung teilnimmt.
Ortsverein Naunhof.

Stadtgemeinderats-Wahl
Naunhof 1919.

- Der Naunhofer Bürger-Ausschuß**
 steht auf dem Boden der gegebenen Tatsachen der Volksorganisation.
- Der Naunhofer Bürger-Ausschuß**
 bekämpft mit allen zulässigen und gesetzlichen Mitteln die Vergewaltigung des Bürgertums durch eine einseitige politische Parteigruppe.
- Der Naunhofer Bürger-Ausschuß**
 will die Interessen der gesamten Einwohnerschaft wahrnehmen, sofern diese durch Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, durch Anerkennung von Recht und Gesetz, durch Achtung von Leben und Eigentum ihrer Mitbürger das Wirtschaftsleben zu stützen und zu fördern bestrebt ist.
- Der Naunhofer Bürger-Ausschuß**
 vereinigt in sich Naunhofer wirtschaftliche Körperschaften aller Art, Vereinigungen freier Berufe, gemeinnützige Vereine usw.
- Der Naunhofer Bürger-Ausschuß**
 hat sich zum Zwecke der Aufstellung der bürgerlichen Kandidaten für das Stadtverordnetenkollegium und zu gemeinsamer Wahlarbeit zusammengeschlossen.
- Der Naunhofer Bürger-Ausschuß**
 verlangt von seinen Kandidaten, daß ihnen das Wohl der Stadt als einzige Richtschnur ihres Handelns gilt. Auszuschalten ist jede Parteipolitik. Er verurteilt eine gegenseitige Bekämpfung wegen politischer Gegensätze und erblickt in gemeinsamer Arbeit der bürgerlichen Stadtverordneten einen Segen für die Stadt.
- Der Naunhofer Bürger-Ausschuß**
 tritt für eine den veränderten Zeitverhältnissen entsprechende, stetige Fortentwicklung unseres Gemeinwesens ein, für zeitgemäße Verwaltungsreformen, sowie insbesondere für die Wahrung und Förderung der berechtigten Interessen von Handel und Industrie, des werktätigen und des besoldeten Bürgertums.
- Der Naunhofer Bürger-Ausschuß**
 wendet sich an Naunhofs Bürgerschaft um Unterstützung und Mitarbeit, sowie um Eintreten für seine Kandidaten am Tage der nahe bevorstehenden Stadtverordnetenwahl.

Bürger und Bürgerinnen!

Treue ein für Naunhofs Ehre, Wohlfahrt und Entwicklung!
 Werbet eifrig für den Naunhofer Bürger-Ausschuß.
 Nur ein einiges Bürgertum sichert seine Zukunft.

Sächsische Altersrentenbank.
 Zur Erwerbung von Renten können 5 % Deutsche Kriegsanleihe in Zahlung gegeben werden.
 Geschäftsstelle Kurt Wendler.

Ein Zwei-Familien-Landhaus
 mit größerem Ruggarten, am liebsten auch mit angrenzender Wiese oder etwas Feld, zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote an **B. Galov, Dehsch, Hauptstraße No. 74.**

Tragende Ziege
 im Februar/März lammend, zu kaufen gesucht
Naunhof, Göthestraße 6.

Elektrische Klingelanlagen
 fertigt u. repariert billigst
Pirnisch, Melanchthonstr. 1.

Ein Anzüge
 eingetroffen.
Engelmann, Altklosterstraße.

Nachdem mir in letzter Zeit verschiedene Sachen zugesandt wurden, mit dem Ersuchen, sie an die Oeffentlichkeit zu bringen, meist aber anonym, teile ich hierdurch mit, daß anonyme Angaben ins Feuerloch wandern.
 Dasselbe mühte ich auch mit dem mir am Sonntag zugestellten, interessanten Schriftstück, wenn ich nicht für die beigefügten Beleg-Abschriften die Originale bekomme.

H. Oberläuter Schiller-Str. 27.

Mädchenge such.
 Für ein gutes Haus in einem Vorort Leipzigs wird zu sofortigem Antritt ein i. Kochen bewandertes, junges Mädchen aus besserer Familie bei hohem Lohn gesucht, welches auch etwas Hausarbeit zu übernehmen hat. Persönliche Meldung und Vorstellung vormittags 9 bis 10, nachmittags 7 bis 8 Uhr bei **F. Gruner, Naunhof, König-Albertstraße 9.**

Für die überaus zahlreichen Beweise aufrichtiger Verehrung und Teilnahme beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen, sprechen wir hierdurch unsern **herzlichsten Dank aus.**
 NAUNHOF, am 21. I. 19.
**Marie verw. Hackelberg
 Otto Hackelberg u. Familie.**

für die
 Fuchs
 Ergeben
 Anzeiger
 Nr. 12
 Ab
 Die G
 am 29. So
 berechtigter
 3. 2. 1919
 der besond
 Kundenliste
 Mengen hi
 genommen
 1919 an
 Grimma
 nicht ordn
 doch zum
 Grim
 Der S
 Das
 liert am 2
 Die G
 durch die
 logers Ch
 Che
 Poli
 Anläß
 für Sonnt
 worden.
 Naun
 3
 Auf b
 vom 27. d
 für 40 Ma
 für Kranke
 Na u
 Der Bürg
 Verei
 Diskontier
 Aufb
 Zerstör
 Eine
 Remand
 trotzdem:
 wie ihn v
 unter uns
 Er be
 demokrati
 19. Janua
 421 Abgeor
 versamlin
 mit beid
 Republik:
 77 Demok
 kleinen B
 in Säddeu
 und ganzer
 Sonderan
 der Vinter
 die zulamm
 mindesten
 Zentrum, h
 partiel, hat
 Staatsform
 demokrati
 des Wahl
 mit seinen
 liche Parte
 Volksparte